

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Telegr. Abz.: Zeitung.

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbillette“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Anzeigen werden die sechsgepaltenen 3mm hohe (Netto) Zeile oder deren Raum mit 15 Bg. berechnet; auswärts 20 Bg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatte. Reklamen kosten pro Zeile 40 Bg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorrichtung und Belieferung ausgeschlossen. Annahmehonorar für Offerten und Aufträge beträgt 15 Bg. Zeitungsbeilagen werden billigst berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 17

Dienstag, den 7. Februar 1933

26. Jahrgang.

Regierung Braun abgesetzt

Die Befugnisse des Staatsministeriums auf den Reichskommissar übertragen
Auflösung des Preussischen Landtags

Ende der Gewaltenteilung

Die Gewaltenteilung in Preußen, wie sie seit der am 15. Oktober 1932 vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich getroffenen Entscheidung besteht und darin zum Ausdruck kam, daß der alten, vom Zentrum, den Sozialdemokraten und der Staatspartei gestützten Regierung Braun-Seydewitz die Vertretung Preußens im Reichsrat und gegenüber dem Landtag belassen wurde, während alle übrigen Befugnisse dem Reichskommissar für das Land Preußen übertragen wurden, ist beendet. Reichspräsident Hindenburg hat, gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung, durch eine Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen die dem Staatsministerium noch zulehrenden Hoheitsrechte dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Stellvertretern übertragen und gleichzeitig den Reichskommissar und Vizekanzler von Papen mit der Durchführung der neuen Verordnung beauftragt.

Gestützt wird die neue Verordnung des Reichspräsidenten darauf, daß der Staatsgerichtshof selbst dem Reichspräsidenten das Recht zuerkannt hat, auf Grund des Artikels 48, Absatz 1, weitergehende Eingriffe in die Rechte des Landes vorzunehmen, für den Fall nämlich, daß die Landesregierung in dem ihr verbleibenden Bereiche die Gesetze in einer Art führen sollte, in der eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reiche zu erkennen ist. Gleichzeitig stellt sich die Reichsregierung auf den Standpunkt, daß eine Gewaltenteilung — über deren Problematik an sich Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen, immer nur ein Problem sein kann, wie ja auch der Staatsgerichtshof in aller Form an den Landtag appelliert hat, durch die schnelle Bildung einer neuen Regierung klare Verhältnisse zu schaffen.

Nachdem die Wahl einer neuen Regierung im Preussischen Landtag bisher nicht gelungen ist, erhoffte man nach der amtlichen Begründung zu der Verordnung über die Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen die Freimachung des Weges von Neuwahlen in Preußen nach einem Hinweis auf die Ablehnung des Auflösungsantrages durch den Preussischen Landtag und das Drei-Männer-Kollegium Braun-Münchener-Kerl fähig die nötige Begründung dann fort:

Der preussische Ministerpräsident hat entschieden dazuzugewirkt, daß die Auflösung des Landtags unterließ. Das steht fest und ist auch unter den Beteiligten faum bestritten, daß der gegenwärtige provisorische Zustand unerträglich und mit dem Wohle des Staates unvereinbar ist. In den Handlungen des Landtags und des Ministerpräsidenten, die tatsächlich bewirken, daß dieser Zustand aufrechterhalten bleibt, liegt die Pflichtverletzung des Landes, auf der die gegenwärtige Landesregierung beruht.

Gewiß bietet die Tatsache, daß in einem Lande eine noch geschäftsführende Regierung besteht, für sich allein betrachtet, keinen Anlaß, auf Grund des Artikels 48, Absatz 1, gegen dieses Land einzuschreiten. Vielmehr muß es grundsätzlich den Vätern überlassen bleiben, ihre Regierungsverhältnisse nach eigenem Ermessen zu gestalten. Auch aber, wie dies in Preußen der Fall ist, ein Zustand besteht, der eine geordnete Staatsführung unmöglich macht, und damit das Staatswohl auf das schwerste gefährdet, so wird die Beilegung dieses Zustandes zur Pflicht für jeden Beteiligten. Diese Pflicht besteht nicht nur gegenüber dem Lande, sondern auch gegenüber dem Reiche.

In Einzelbeispielen dafür, daß die Gewaltenteilung in der Praxis für längere Dauer unmöglich ist, wird angeführt, daß Hoheitsrechte, über die der Staatsgerichtshof nicht ausdrücklich entschieden hat, strittig geblieben und in Folge dessen, wie das Gnadengericht einfach nicht ausgedrückt worden sind. Weiter wird auf die widersprechende Instruktion von Beamten und darauf verwiesen, daß Kommissare zur Herstellung beträchtlicher Zusammenarbeit schon daran scheitern mußten, daß keine Regierung durch Vertrag auf Hoheitsrechte verzichten kann, die sie zu haben glaubt.

Auf der neuen Verordnung liegt nunmehr die gesamte preussische Staatsmacht in den Händen des Reichskommissars oder der ihm missarischen Staatsregierung. Im Zusammenhange damit ist auch der Sitz des preussischen Ministerpräsidenten im Drei-Männer-Kollegium, dessen die Auflösung des Landtags zu beschließen hat, von dem Ministerpräsidenten Braun auf den Reichskommissar und Vizekanzler von Papen übergegangen. Nachdem das Drei-Männer-Kollegium in seiner alten Zusammenfassung noch am Sonnabend die Auflösung des Landtags abgelehnt hatte, wurde folglich nach der Verordnung des Reichspräsidenten eine neue Sitzung in der Zusammenfassung Herr Papen-Münchener-Kerl angelegt, in der die Auflösung beschlossen wurde.

Die weitere Entwicklung der Dinge im Reich und in Preußen ist nunmehr von der Entscheidung der Wähler abhängig, die einmal zu dem politischen Kurswechsel Stellung nehmen sollen, die zugleich aber durch klare Entscheidungen dafür sorgen müssen, daß das deutsche Staatsschiff aus dem Klippen-See fortwährender Wahlkämpfe herauskommt.

Schutz des Deutschen Volkes

Der Inhalt der neuen Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 7. Februar.

Die vom 4. Februar datierte, auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes ist am Montag mit der Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt in Kraft getreten. Die Verordnung stellt im wesentlichen eine Zusammenfassung aller einschlägigen Bestimmungen dar; sie enthält zum sehr großen Teil Anordnungen, die in früheren entsprechenden Verordnungen bereits enthalten waren, aber später wieder aufgehoben worden sind. Sie zerfällt in drei große Abschnitte. In den Abschnitten 1 bis 3 regelt die Verordnung die Voraussetzungen, unter denen öffentliche politische Versammlungen und Aufzüge verboten oder aufgelöst, periodische Druckschriften beschlagnahmt oder verboten und Sammlungen zu politischen Zwecken untersagt werden können. Die übrigen beiden Abschnitte der Verordnung enthalten die üblichen Strafbestimmungen und Schlussvorschriften.

Versammlungen und Aufzüge

Abschnitt 1 beschäftigt sich mit Versammlungen und Aufzügen. Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden. Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden. Ausgenommen sind Versammlungen nichtpolitischer Art. Das Verbot kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angeordnet werden. Die Beschränkung hat keine aufhebende Wirkung.

Öffentliche politische Versammlungen sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn in ihnen zum Angehörigen gegen Gesetze oder rechtmäßige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der versammlungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgefordert oder angezogen wird oder wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts, ihre Einrichtungen, Gebäude oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder in ihnen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angezogen wird, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung abweichend abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

Die Polizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung Beauftragte zu entsenden.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein oder mit Einschränkungen für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zuständigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden; allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile, im übrigen nur im Einzelfalle. Weitergehende allgemeine Verbote treten außer Kraft.

Druckschriften

Abschnitt 2 befaßt sich mit Druckschriften. Druckschriften, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ord-

nung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

Periodische Druckschriften können verboten werden, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit einer der in den Paragraphen 81—86, 92 Nr. 1 des Strafgesetzbuches oder in den Paragraphen 1 bis 4 des Gesetzes gegen den Verfall militärischer Geheimnisse bezeichneten Handlungen begründet wird; wenn in ihnen zum Angehörigen gegen Gesetze oder rechtmäßige Verordnungen aufgefordert oder angezogen wird; wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird oder begangene Gewalttätigkeiten verherrlicht werden; wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angezogen wird; wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft, oder deren Einrichtungen und Gebäude beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden; wenn als verantwortlicher Schriftleiter jemand beauftragt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die Dauer des Verbots

Darf bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Die Beschränkung fällt fort, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund dieser Verordnung bereits zweimal verboten war, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird; in diesem Falle darf die Dauer des Verbots bei Tageszeitungen sechs Monate, in anderen Fällen ein Jahr nicht überschreiten. Das Verbot umfaßt auch die in demselben Verlag erscheinenden Kopialblätter der Zeitung sowie jede angeblich neue Druckschrift, die als ihr Ersatz anzusehen ist. Zuständig für das Verbot sind die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen. Gegen das Verbot ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an einen vom Präsidenten zu bestimmenden Senat des Reichsgerichts gegeben. Die Beschwerde hat keine aufhebende Wirkung.

Der Reichsminister des Innern kann die oberste Landesbehörde um das Verbot einer periodischen Druckschrift ersuchen.

Auch ausländische Zeitungen bedroht

Ist in einer periodischen Druckschrift, die nicht im Inland erscheint, eine Verächtlichmachung der oben bezeichneten Art enthalten, so kann der Reichsminister des Innern ihre Verbreitung im Inland bis zur Dauer von sechs Monaten verbieten. Gegen das Verbot ist kein Rechtsmittel zulässig.

Sammlungen zu politischen Zwecken

Abschnitt 3 behandelt Sammlungen zu politischen Zwecken. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können verbieten, daß Geld- oder Sachspenden zu politischen Zwecken oder zur Verwendung durch politische Organisationen von Haus zu Haus, auf Straßen oder Plätzen, in Gast- oder Vergnügungsfestitäten oder an anderen öffentlichen Orten eingesammelt werden; das Verbot kann auf einzelne Sammlungen oder die Sammlungen bestimmter Vereinigungen oder in Zusammenhang mit ihnen am Versammlungsort stattfindenden sowie Sammlungen von Haus zu Haus, die sich auf Mitglieder der sammelnden Organisationen beschränken, sind zulässig.

Strafbestimmungen

Abschnitt 4 enthält Strafbestimmungen. Wer öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist auf Gefängnis nicht unter einem Monat zu erkennen.

Mit Gefängnis, neben dem auch Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer ohne die erforderliche Anmeldung oder falschen Angaben eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt und den Raum zur Verfügung stellt.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark wird bestraft, wer an nicht angemeldeten oder verbotenen Versammlungen oder Aufzügen teilnimmt, wer als Veranstalter oder Helfer dem Beauftragten der Polizeibehörde einen angemessenen Platz verweigert, wer nach Auflösung der Versammlung sich nicht sofort entfernt.

Wer eine verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verleiht, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht un-

ter drei Monaten befristet, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. Ebenso wird befristet, wer im Inland eine verbotene periodische Druckschrift verbreitet.

Wer vorsätzlich oder fahrlässig Druckschriften politischen Inhalts herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorräufig hält, auf denen die vorgeschriebenen Angaben über Drucker, Verleger, Verfasser, Herausgeber oder verantwortlichen Redakteur nicht enthalten oder unrichtig, unvollständig oder unleserlich sind, wird, wenn die Tat nicht mit einem Jahre befristet, wenn durch die Schrift das Verbrechen einer schweren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft, wenn durch die Druckschriften über verbotene Verleumdungen oder über verbotene Druckschriften über eine sonst strafbare Aufforderung zur Anzeigung begründet wird.

Wer von dem Vorhandensein eines Vorrats von Druckschriften, deren Inhalt den Tatbestand einer der oben bezeichneten strafbaren Handlungen begründet, zu einem Zeitpunkt glaubhafte Kenntnis erhält, zu dem das Vorhandensein der Druckschriften noch nicht bekannt ist, ist verpflichtet, unverzüglich der Polizei Anzeige zu erstatten. Wer es unterläßt, die Anzeige oder Mitteilung von in seinen Besitz gelangten Druckschriften rechtzeitig zu bewirken, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Wer in den dringenden Verdacht einer nach dem Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse strafbaren Handlung oder eines Verbrechens oder Vergehens steht, das mit einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbefehl durch unbefugtes Führen einer Waffe oder unbefugtes Erhalten mit einer Waffe begründet wird, kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen werden.

Cafés können geschlossen werden.

Räumlichkeiten, in denen eine verbotene Tätigkeit ausgeübt wird, können polizeilich geschlossen werden. Handelt es sich um eine Gast- oder Schankwirtschaft, so kann die Erlaubnis zum Betriebe von der Ortspolizeibehörde bis zur Dauer von einem Jahr entzogen werden.

Abchnitt 5 enthält die Schlussvorschriften. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

Neuordnung in Preußen

Der Reichskommissar erhält die Befugnisse des Ministerpräsidenten.

Auf Grund des Artikels 48, Abs. 1, der Reichsverfassung hat der Reichspräsident folgende „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ erlassen:

§ 1.

Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwurmung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet.

Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen.

§ 2.

Mit der Durchführung dieser Verordnung beauftragt ich den Reichskommissar für das Land Preußen.

§ 3.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 6. Februar 1933.

Der Reichspräsident gez. von Hindenburg.

für den Reichskanzler gez. von Papen,

Stellvertreter des Reichspräsidenten.

Die Verordnung wurde am Montagmorgen auf Grund der Richtlinien für die Verkündung von Verordnungen durch Rundfunk auf Anordnung der Reichsregierung als Auflassungsende veröffentlicht.

Die Begründung

In der Begründung zur Verordnung über die Übertragung der Befugnisse des preussischen Staatsministeriums auf den Reichskommissar wird auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes hingewiesen, in der es u. a. heißt:

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

VERBREITER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG Oskar Meister, WERDAU

(46. Fortsetzung.)

Aber als Karl wieder aus der Kabine tritt, brüllt der Subel auf neue los.

Karl erkennt plötzlich in dem einen Soldaten einen der Boten aus dem Hotel.

„Du hast mich auch mit bewacht, Kamerad!“ spricht er ihn an.

Der Soldat reißt die Hände zusammen und steht stramm, er ist ganz glücklich: „Mein Leutnant, befehlen Sie über mich! Mein Leutnant, ich weiß, daß Sie unfähig sind, denn ich habe gesehen, wie General Argente heute morgen, als man Sie verhaftet hat und aus dem Zimmer führte, ein Päckchen heimlich in Ihren Schreibtisch praktizierte. Ich habe es beobachtet! Ich kann's beschwören! Bei der heiligen Mutter Gottes!“

Viele hören das freimütige Geständnis mit an, das der Soldat in seiner glühenden Verehrung für den großen Fußballkünstler herauskriecht. Von Mund zu Mund geht die Nachricht. Die Schurke Argente wird offenbar.

Als Karl mit seinen Kameraden in die Stadt fährt, findet er sie schon in Aufruhr.

Er ist kaum im Hotel angelangt, da führt der Direktor auf ihn zu und ruft händeringend: „Revolution! ... o heilige Mutter! ... der Bund der jungen Offiziere rückt mit den Volksmassen gegen Guerra und die anderen Minister vor. General Argente soll verhaftet sein!“

„Du lieber Himmel, denkt Karl. Sollte ich der Stein des Anstoßes gewesen sein? Das war nicht mein Wille, hier eine Revolution zu entzünden.“

„Es wird nicht so schlimm werden, Direktor!“ tröstet er den Verzweifelten. Aber es ist ihm selbst gar nicht wohl zumute. Von ferne hört man Schüsse.

Thomas tritt zu Karl.

„Brauchst du mich?“

„Soweit die Landesregierung in dem ihr verbleibenden Bereiche die Geschäfte in einer Art führen sollte, in der eine Pflichterfüllung gegenüber dem Reich zu erkennen ist, würde der Reichspräsident auf Grund von Artikel 48, Absatz 1, weitergehende Eingriffe in die Rechte des Landes vornehmen können. Im übrigen siehe es bei dem preussischen Landtag, zu versuchen, ob durch Bildung einer neuen preussischen Landesregierung dem jetzigen Zustand ein Ende bereitet werden könne.“

Am Anfangs hieran wird in der Begründung zur Verordnung ausgeführt, daß der gegenwärtige provisorische Zustand unerträglich und mit dem Wohl des Staates unvereinbar sei. In den Handlungen des Landtags und des Ministerpräsidenten, die tatsächlich beinhalten, daß dieser Zustand aufrechterhalten bleibe, liege die Pflichtverletzung des Landes, auf der die gegenwärtige Notverordnung beruhe.

Braun ruft Staatsgerichtshof an

Berliner Blättermeldungen zufolge hat Ministerpräsident Otto Braun alsbald nach Bekanntwerden der neuen Verordnung die bisherige preussische Hoheitsregierung zu einer sofortigen Sitzung einberufen. In dieser Sitzung soll zu der neuen Verordnung des Reichspräsidenten Stellung genommen werden. Man beabsichtigt angeblich, erneut den Staatsgerichtshof anzurufen, da man die neue Verordnung für unvereinbar mit dem Urteil des Staatsgerichtshofes und im Widerspruch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über das Verhältnis von Reich zu Ländern halte.

Dr. Bumke in Berlin.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen in Preußen ist die Meinung von Interesse, daß Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke im Sonntag in Berlin gewesen ist und dem Reichskanzler sowie der Reichsregierung seinen Auftrittsbesuch gemacht habe. Es ist anzunehmen, daß bei dieser Gelegenheit auch über die mit Preußen zusammenhängenden staatsrechtlichen Fragen Besprechungen stattgefunden haben.

Vorbereitung der Wahl

Prof. Dr. Wagemann wieder Reichswahlleiter.

Berlin, 7. Februar.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter der Präsidenten des Staatlichen Reichsamts, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Wagemann, und zu seinem Stellvertreter den Direktor im Staatlichen Reichsamt, Geh. Regierungsrat Meißinger ernannt.

Die Nummernfolge der Parteien.

Der Reichsminister des Innern hat die Nummernfolge für die Reichstagswahlvorschläge der Parteien zur Reichstagswahl am 5. März wie folgt festgelegt:

1. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
3. Kommunistische Partei Deutschlands.
4. Zentrum.
5. Deutschnationale Volkspartei.
6. Bayerische Volkspartei.
7. Deutsche Volkspartei.
8. Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung).
9. Deutsche Staatspartei.
10. Deutsche Bauernpartei.
11. Landbund (Wirt., Bauern- und Beirgärtnerbund).
12. Deutsch-hannoversche Partei.
13. Thüringer Landbund.
14. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschft.).

Auswärtiger Ausschuss nicht mehr vor den Wahlen.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man jetzt nicht mehr damit, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstags nach vor den Neuwahlen einberufen wird. Der Vorsitzende, Reichsinnenminister Dr. Frick, hatte die übrigen Parteien von dem Wunsch der Sozialdemokraten und Kommunisten auf sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses unterrichtet. Die übrigen Fraktionen haben aber den Stanspunkt eingenommen, daß die Ausschussmitglieder wegen der Neuwahl anderweitig in Anspruch genommen seien, und daß der Ausschuss daher vorläufig nicht tagen solle.

Es bleibt jedoch bei der für den morgigen Dienstag vorgesehenen Sitzung des Überwachungs-ausschusses des Reichstags, in dem der Abgeordnete Böbe (Soz.) den Vorschlag führt mit der Tagesordnung: „Sicherung der Wahlfreiheit“ und „Weiterberatung der Osthilfe“.

„Ja, du mußt sofort Grit und Angelica nach dem Hafen in Sicherheit bringen! Das Volk wagt sich nach dem Regierungsversteher. Ich denke, du wirst nach dem Hafen auf durchkommen. Sieh zu, daß du die beiden an Bord des „Washington“ bringen kannst, der übermorgen nach Newport abgehen soll.“

Thomas nickt ihm zu und eilt davon.

Als er in der Villa eintrifft, findet er Grit sehr ernst vor.

„Was ist geschehen, Grit! Warum waren Sie nicht auf dem Sportplatz?“

„Ich konnte nicht! Angelicas Zustand hat sich sehr verschlechtert. Ich fürchte das Schlimmste.“

„Ist ein Arzt da?“

„Ja.“

„Was sagt er?“

„Schwindsucht ... im letzten Stadium!“

Grauen packt Thomas, und ein heißes Erbarmen erfüllt ihn. Er sieht das engelsschöne Gesicht vor sich. So jung ... und dem Tode geweiht!

„Ich soll Sie und Angelica zum Hafen führen. Ist sie transportfähig?“

„Wir müssen den Arzt fragen. Warum kommt Alfredo nicht? Die Kranke verlangt dauernd nach ihm.“

„Ich werde ihm sofort telefonisch benachrichtigen.“

Grit begibt sich ins Krankenzimmer. Der Arzt verneint die Transportfähigkeit.

Im „Imperial“ sollte das Fußballbankett stattfinden. Aber es kommt nicht dazu.

In Montevideo ist alles im besten Aufruhr.

Einige Minister sind verhaftet worden. Der Präsident ist geflohen. Eine neue Regierung wird ausgerufen.

Abends um neun Uhr ist alles vorüber.

Mit einem plötzlichen Ruck wurde ein Regime gestürzt ... und der letzte Anstoß war ein Fußballmatch! Selbstamer Treppenhof der Weltgeschichte.

Nach am selben Abend kommt Leutnant Zuolos mit Tole-

das ins Hotel zu Karl und meldet ihm: „Unser Führer, Hauptmann Brintos, bittet Sie, Leutnant Colleani, ihm Ihre Hilfe zu leisten!“

Karl ist maßlos erstaunt und schüttelt den Kopf.

„Kamerad ... ich bin ein Fremder in diesem Land!“

„Dein Name sagt uns, daß du zu unserer Rasse gehörst.“

Preußenlandtag aufgelöst

Beschluß des Dreimännerkollegiums. — Dr. Adenauer beteiligte sich nicht an der Abstimmung.

Berlin, 7. Februar.

Nach zweistündiger Sitzung hat das Dreimännerkollegium am späten Montagmorgen in seiner neuen durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegebenen Zusammensetzung mit den Stimmen des Reichskommissars von Papen und des Landtagspräsidenten Kerl die Auflösung des Preussischen Landtages zum 4. März beschlossen.

Der Präsident des Preussischen Staatsrates, Dr. Adenauer, nahm an der Abstimmung nicht teil mit der Begründung, daß er auf dem Standpunkt stehe, die Verordnung des Reichspräsidenten sei verfassungswidrig.

Die Neuwahl wird am 5. März gemeinsam mit den Reichstagswahlen stattfinden.

Bayern und das Reich

Empfang des Staatsrats Schäffer beim Vizetanzler.

Berlin, 7. Februar.

Vizetanzler v. Papen empfing den bayerischen Staatsrat Schäffer, der ihm zugleich ein Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten übermittelte. Im Verlaufe der Aussprache betonte der Vizetanzler, daß sein wiederholt abgegebenes Bekenntnis zu der föderalistischen Grundlage des Reiches unter Wahrung der Eigenrechte der Länder gerade den bayerischen Herren bekannt sei. In dieser seiner Auffassung liege kein Wandel eingetreten und ihm sei nicht bekannt, daß irgendein Anlaß vorläge, der die Befürchtungen der bayerischen Staatsregierung gegenüber der neu ernannten Reichsregierung rechtfertigen könnte.

Stellungnahme der Wirtschaftspartei

Die Wirtschaftspartei hatte ihre Vertrauensleute aus allen Wahlkreisen zu einer politischen Aussprache nach Berlin berufen. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit über folgende Punkte:

„Die Wirtschaftspartei läßt sich in ihrer Einteilung zur neuen Reichsregierung durch keinerlei parteipolitischen Rücksichten leiten. Sie erwartet von dieser Regierung diejenigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen, die von allen nationalen Schichten gefordert werden. Dazu gehört vor allem die sofortige Durchführung geeigneter Schutz- und Förderungsmassnahmen zugunsten der schwer bedrängten deutschen Wirtschaftskreise.“

Die Wirtschaftspartei beteiligt sich selbständig an den bevorstehenden Wahlen.

Einer ernsthaften Zusammenfassung der bürgerlich-nationalen Schichten Deutschlands wird die Wirtschaftspartei sich mit allen Kräften zur Verfügung stellen.“

Hugenberg zur Zinsfrage

Berlin, 7. Februar.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter wandte sich Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg gegen die Falschmeldungen, die über seine wirtschaftspolitischen Absichten verbreitet worden seien. Zu überflüssigen Experimenten lie, so führte Dr. Hugenberg aus, die Zeit ebensovienig an, wie zur Passivität. Diejenigen, die sich schlecht beraten, die jetzt auf unseren Rentenmarkt drücken, Zwangseingriffe in die bestehenden Zinsvereinbarungen, wie sie die Dezemberverordnung des Kabinetts Brünning enthalten habe, entpuppten sich als wirtschaftspolitischen Auffassungen ebensowenig wie sonstiges Herumspulsen des Staates an Dingen, die sich organisch aus sich selbst entwickeln könnten. Damit vertrete er natürlich nicht die Theorie vom Staate als Nachwächter. Daß Staat und Wirtschaft an einer organischen Senkung des übermäßig hohen Zinsfußes gleichmäßig interessiert seien, bedürfte keines Wortes. Auch für den Gläubiger sei die so oft bedrohte Sicherheit des Sparkapitals wichtiger als die Höhe des durch die organische Entwidlung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Zinsfußes. Darum gebe es in Wahrheit keinen Gegensatz zwischen Schuldern und Gläubigern. Ihr gemeinsames Interesse bestehe in der Wiederherstellung der Sicherheit, d. h. des Vertrauens.

Bruder Colleani! Alle Augen von Montevideo sind auf dich gerichtet! Hilf unserer gerechten Sache! Eine neue, gerechte Regierung soll gewählt werden. Auf dem Wort hört heute ganz Montevideo, und Montevideo ist Uruguay! Wir erwarten dich!“

Karl sieht Toledas an, der mit blühenden Augen dabeisteht.

„Hilf mit!“ ruft Toledas feurig. „Alle hören auf dich! Wenn du Ruhe verlangst, dann werden sie gehorchen!“

„Du bist der Held von heute und morgen ... und an das Morgen denke nicht!“

Da fährt Karl mit Leutnant Zuolos und Toledas nach dem Regierungsgebäude.

Der Führer der Revolution umarmt Karl herzlich und legt seinen Arm um ihn. „Kamerad Colleani, wir brauchen deine Hilfe! Das Volk hat verlangt, daß du zu ihm sprichst, hunderttausende Menschen warten auf dem Platz. Fünf Lautsprecher werden deine Worte verkünden!“

Karl ist wie betäubt, als er mit einem Male auf dem Balkon steht und der Jubel der Massen ihn umflutet.

Er ist sehr ernst, und der Ernst läßt seine Züge schöner und edler denn je erscheinen.

„Meine Freunde!“ spricht er laut. „Ich genieße noch nicht lange die Gastfreundschaft dieser schönen Stadt. Ich sage euch Dank für die Herzlichkeit, die ihr mir entgegengebracht habt.“

Die Menschen jubeln.

„Mein Herz ist bei euch! Ich kam nicht, um Unruhe unter euch zu bringen, und es ist mein fester Wille, nicht in die politischen Geschicke dieses Landes einzugreifen. Ich spreche zu euch nur als Bittender! Ich bitte euch alle, seid euer selbst, daß die Wohlfahrt eures Landes abhängt von Ruhe und Ordnung. Ich kann mir kein Verstehen von abgekannte Regierung erlauben. Ich glaube aber an allem schließen zu dürfen, daß sie schlecht und mit Hilfe der Freiwirtschaft und Schmirne der Gerechtigkeit war, indem daß sie für ihre Taten regierte und sich um eure Fortschritt bemühte.“

Ihr aber habt Anspruch auf zumindest wichtige Dinge! Auf das tägliche Brot, das euch die Arbeit bringt und streng Gerechtigkeit, für die der Staat unbedingte Garantien muß! Gleich Gerechtigkeit auch dem Armen! Der Staatsmann, der das Gerechtigkeitsgefühl nicht in seinen Herzen trägt, ist nicht wert, daß er in einem Ministerium seinen Platz behält, geschweige denn, daß er über Gese! zu bestimmen hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Spangenberg, den 4. Februar 1938.

Akademisches Proletariat

In diesen Wochen beschäftigt wieder die Frage der Berufsaussicht der Tausende von Familien, deren Kinder zu Eltern die Schule verlassen sollen, und sehr oft ist es bei der gegenwärtigen Überfüllung der Berufe der Fall, daß rein aus materiellen Gründen ein Studium begonnen wird, in der Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse. Davor kann nicht dringend genug gewarnt werden.

Man hat festgestellt, daß im Jahre 1900 in Deutschland noch über zwei Millionen Kinder geboren und im gleichen Jahre etwa 8000 Abiturientenzeugnisse ausgestellt wurden. Im Jahre 1932 wurden nur 900 000 Kinder geboren, jedoch 100 000 Abiturientenzeugnisse vergeben. Es kam somit 1900 auf je 250, 1932 aber bereits auf je 20 Abiturientenzeugnisse auf je 250 Geburten. Augenfalliger als durch diese Zahlen kann das enorme Verhältnis zwischen schwindender Volksmenge und infolgedessen zurückgehender Berufsaussicht einerseits sowie gleichzeitig überfülltem Zustrom zu den gehobenen Berufen andererseits wohl nicht gekennzeichnet werden. Demgegenüber fällt die geringe Abnahme des Hochschulbesuchs nicht ins Gewicht, aber die Überfüllung der Berufe kommt durch den Geburtenrückgang und den Bevölkerungsanstieg geradezu furchtbare Bedeutung.

Angesichts dieser Auszubildungslage, aus der es keinen Ausweg zur bürgerlichen Existenz und Familiengründung mehr gibt, fragt man sich, wohin diese Entwicklung führen soll. Die Einführung eines Werkjahres oder Werkhalbjahres? Es bedeutet nichts als eine Bemäntelung, als ein Auf-der-Stelle Treten, wodurch die Gefahr, dem akademischen Proletariat zu verfallen, nur in größere Ferne gerückt, nicht aber ausgeschaltet wird. Man will daher zum numerus clausus greifen, die Auswahl und Sichtung verschärfen, was sicherlich etwas fruchtbar sein wird. Es sollten aber schon von sich aus nur diejenigen jungen Leute zum Studium greifen, die in jeder Weise besonders dazu befähigt sind.

Sängerchor Hersfeld kommt nach Spangenberg.

Unsere frühere Mitteilung, daß der Sängerkorps Hersfeld beabsichtigt, in Spangenberg einen Wiederabend zu veranstalten, hat sich nunmehr bestätigt. Nachdem der Sängerkorps am vergangenen Sonntag einen solchen Abend in Hersfeld mit größtem Erfolg veranstaltet hat, ist die Veranstaltung des gleichen Wiederabends in Spangenberg abgelehnt worden. Sofern keine Terminschwierigkeiten vorliegen, ist hierfür der Monat März in Aussicht genommen. Wir hatten Gelegenheit, dem Wiederabend in Hersfeld beizuwohnen und wir müssen sagen, daß unsere Erwartungen weit übertroffen wurden. Mehr als 700 Gäste sangen mit großer Begeisterung den Vorträgen des Sängerkorps, die mit Streichquartett und Duett abwechselten. Am Schluß belohnte ein hübscher Beifall den Chor und seinen uns allen bekannten Chorleiter Siegl. So dürfen wir uns heute schon auf diesen Wiederabend in Spangenberg, insbesondere auf den Besuch der Hersfelder freuen. Soll doch mit diesem Besuch vor allem die bestehende Freundschaft zwischen Hersfeld und Spangenberg aufs Neue bekräftigt werden.

Der Reichsfängler kommt bestimmt! Wie uns die Gaupressstelle der N.S.D.A.P. mitteilt, entbehren die Gerichte, daß Adolf Hitler nach seinem Amtsantritt als Reichsfängler nun nicht mehr nach Rassel kommt, jeder Grund. Gauleiter Wehrlich, MdL, der sich z. Zt. in Berlin befindet, hat nochmals die persönliche Zusage des Führers der N.S.D.A.P., daß er am Sonntag, dem 12. Februar d. J. nach Rassel kommt, erhalten. Nur außergewöhnliche Umstände können sein Kommen verhindern.

Fadelzug. Ueber den Fadelzug der N. S. D. A. P. am vergangenen Sonabend berichten wir in nächster Nummer.

Aus Stadt und Land

Vier Todesopfer des Autounfalls bei Schmiedefeld. Die schwere Kraftwagenunglücke auf der Bahnstraße bei Schmiedefeld, bei dem 47-jährigen Architekt und Maurermeister Joseph Bette, sowie dessen 31-jährige Gattin getötet wurden, hat jetzt zwei weitere Todesopfer gefordert. Die zwölfjährige Tochter Barbara Bette sowie deren zwölfjährige Freundin Margarete Dmucet, die Tochter eines Breslauer Oberpostinspektors, sind im Krankenhaus ihren schweren Verletzungen erlegen. Der ebenfalls im Krankenhaus befindliche elfjährige Leopold Bette hat bei dem Unfall nur Schnittwunden im Gesicht erlitten.

Feuertodesfall auf ein evangelisches Pfarrhaus. Einbrecher drangen nachts in das evangelische Pfarrhaus Schwarzhof bei Dirschau ein. Auf den Pfarrer, der den Eindringlingen entgegen trat, wurde geschossen. Der Pfarrer blieb aber unverletzt. Die Einbrecher flüchteten, gaben aber noch drei Schüsse gegen das Haus ab. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Täter, denen das Standgerichtsverfahren droht, zu ermitteln.

Arbeiter mit einer Eisenfalle erschlagen. In Preußisch-Erdagrad (Korridor) wurde im Verlauf eines Streites zwischen drei Arbeitern der 29-jährige Erich Hartung durch einen Eisenriegel und ein gewisser Beipunkt durch einen Schlag mit einer Eisenfalle schwer verletzt. Die beiden Täter, zwei Brüder namens Ranta, sind bereits verhaftet worden.

Schäfer verunglückt. Als vier Schäfer, die vom „Heinricherhaus“ nach dem Brunnental aufgehoben wurden, einen Steilhang freizulegen, löste sich ein Schneebrett etwa 100 Meter Länge und ging mit drei der Teilnehmer einige hundert Meter hinunter. Während zwei der Verunglückten sich aus den Schneemassen befreien konnten, wurde der aus Hof in Bayern stammende Drogeriebesitzer Blüthge von den Schneemassen erdrückt.

Doch Sabotage auf der „Atlantique“? Die Pariser Presse beschäftigt in nachmalig der Brandkatastrophe auf der „Atlantique“. Während die vom Handelsministerium geleitete Untersuchungskommission zu dem Ergebnis gekommen ist, der Pan dürfte durch Kurzschluß entstanden sein, soll jetzt eine von dem Direktor des Hafenamtes in Bordeaux geleitete Kommission, wie der „Matin“ berichtet, die Untersuchung fortsetzen. Das Feuer könne nur auf einen Sabotageakt zurückzuführen. Dementprechend soll nunmehr die Staatsanwaltschaft weitere Ermittlungen anstellen.

Frauenmörder Lettgeb an einer verurteilten Zuchthausgefangenen. Der vielfache Frauenmörder Franz Lettgeb, der vor kurzem in Linz a. D. zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, ist nach einer Operation gestorben. Lettgeb hatte noch vor der Schwurgerichtsverhandlung eine Zahnbürste verfertigt, in der Hoffnung, dadurch ins Gerichtsfängnis zu kommen und von dort leicht entfliehen zu können. Er mußte jetzt operiert werden; sein Tod ist infolge Bauchfellentzündung eingetreten.

Rechtsdienst bestätigt den Aufenthalt der Kotters in Tadij. Die Rechtsdienststelle bestätigt, daß die Brüder Kottler sich seit einigen Tagen in der Hauptstadt des Fürstentums in Raduz, befinden und erklärt, daß die Brüder Kottler die Rechtsdienststelle Staatsangehörigkeit erworben hätten.

Selbstmord eines Wiener Bildhauers. Der 74-jährige Bildhauer Franz Hirschall hat in einem Atelier in Wien aus Furcht vor Erblindung seinem Leben ein Ende gemacht.

Der Belus wieder in Tätigkeit. In der Nacht wurde von Neapel aus ein heller Schein über dem Meer beobachtet, auf den ein dichter Nebel folgte, der den ganzen Gipfel verhüllte und auch tagsüber anhielt. In den Ortschaften auf dem vulkanischen Boden des Belus wurden die rollenden Geräusche und leichten Erdstöße bemerkt, die für die Auswurfstätigkeit des Belus charakteristisch sind. Der stärkste Stoß erschütterte das ganze Observatorium für die Dauer von einer Viertelminute.

Drei Monate im Polareis verschollen und wieder aufgefunden. Nach einem Funkpruch aus Murmansk ist das Motorfahrzeug „Albatros“, das seit November 1932 vermisst wurde, endlich mit seiner Besatzung gefunden worden.

Großfeuer in einer Ardennenstadt. In St. Hubert, einer kleinen Stadt in den Ardennen, brach ein Feuer aus, das sich infolge des herrschenden Windes rasch ausbreitete und einen Teil des Geschäftsviertels vernichtete.

Blutige Wahlen in Kolumbien. — 18 Tote. Aus Anlaß von Wahlen kam es in Bogota (Kolumbien) mehrfach zu Zusammenstößen, in deren Verlauf 18 Personen getötet und etwa 20 verletzt wurden.

Fliegerin Mollison zum Südamerikaflug gestartet. Die bekannte Fliegerin Mollison ist mit ihrer Maschine „Lynx“ zu ihrem Südamerikaflug gestartet. Die erste Etappe des Fluges geht nach Südfrankreich.

Schiffsschlüssel verkauft

Spionagefall im österreichischen Heeresministerium.

Wien, 7. Februar. Die österreichischen Zeitungen berichten von einem Spionagefall im Heeresministerium, der größtes Aufsehen erregt. Mehrere Personen, darunter ein Telegraphist des Heeresministeriums, sollen verhaftet worden sein. Die Erhebungen hätten ergeben, daß durch Vermittlung dieses Telegraphisten und eines an einer österreichischen Grenze beschäftigten Försters der Schiffsschlüssel für den Verkehr der einzelnen österreichischen Garnisonen und Militärbehörden untereinander bei vertraulichen Mitteilungen, an eine ausländische Macht verkauft worden sei.

Explosionsunglück in einer Autofabrik

Bisher 8 Tote und 100 Verletzte.

Paris, 7. Februar. In der Elektrizitätszentrale einer Autofabrik auf dem Quai Billancourt-Paris ereignete sich eine schwere Explosion. Bis jetzt zählt man 8 Tote und etwa 100 Verletzte.

Kinobrand in Veracruz

8 Tote, 20 Schwerverletzte.

Veracruz (Mexiko), 7. Februar.

In Veracruz brach während einer Kindervorstellung in einem Lichtspieltheater plötzlich ein Brand aus. Es entstand eine entsetzliche Panik; zahlreiche Kinder wurden niedergeworfen, andere sprangen aus den Fenstern und blieben mit schweren Verletzungen im Hof liegen. Die Galerien bildeten ein einziges Flammenmeer und stürzten schließlich ein, wodurch zahlreiche Kinder unter den Trümmern begraben wurden. Gleichzeitig spielten sich vor den Eingängen erbitterte Kämpfe zwischen einem Militäraufgebot und den verzweifelt Eltern ab, die zur Rettung ihrer Kinder in den Saal eindringen wollten. Acht Personen wurden getötet, 20 schwer verletzt.

Gefängnisurteile im Pfadfinder-Prozess

Posen, 7. Februar.

Im Pfadfinder-Prozess wurde Dr. Walther Burchard-Posen wegen „Geheimbündel“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde auf Grund der Amnestie erlassen. Der Lehrer Friedrich Mielke-Bromberg wurde zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Auf Grund der Amnestie wurde die Hälfte der Strafe erlassen. Der Techniker Heinrich Preuß-Bromberg erhielt sieben Monate Gefängnis. Auch in diesem Falle wurde die Hälfte der Strafe auf Grund der Amnestie erlassen. Die Verteidigung hat sofort beim Obersten Gericht für alle drei Angeklagten die Kassation des Urteils beantragt.

Völkerbund gegen Japan

Der Neunzehner-Ausschuß erkennt den mandschurischen Staat nicht an.

Genf, 6. Februar.

Der Neunzehner-Ausschuß der Völkerbundsversammlung, der mit der Ausarbeitung praktischer Vorschläge zur Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes beauftragt ist, faßte einen Beschluß von großer Tragweite. Wie mit großer Bestimmtheit verkündet, haben die Mitglieder des Ausschusses sich ziemlich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß der Bericht an die Völkerbundsversammlung die juristische und tatsächliche Nichtanerkennung des Mandchukuo-Regimes enthalten soll und daß die Mitgliederstaaten des neuen Völkerbundes sogar aufgefordert werden, mit dem neuen Staat nicht zusammenzuarbeiten. Weiter heißt es, daß die Mitgliederstaaten, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika und Sowjetrußland, aufgefordert werden sollen, sich der Falschung des Völkerbundes anzuschließen.

Was die Zukunft angeht, so macht sich der Bericht die Grundzüge und Bedingungen einer Regelung zu eigen, die im neunten Kapitel des Völkerbundes bereits dargelegt

worden sind. Bezüglich der Mandchukerei wird im Völkerbundsbericht eine Umgestaltung des jetzigen Regierungssystems in der Mandchukerei im Sinne einer

weitgehenden Autonomie unter Aufrechterhaltung der Souveränität Chinas

vorgeschlagen. Ferner soll der Bericht der Völkerbundsversammlung in seinen Empfehlungen dem Völkerbund, dem Kelloggpaß und dem Washingtoner Neunmächtevertrag zugrunde liegen.

Vormarsch gegen Jehol?

Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Mukden, daß der japanische Feldzug zur Eroberung der Provinz Jehol bereits begonnen habe. Japanische Kolonnen rücken über die gefrorenen Flüsse vor. Die Japaner beabsichtigen, bis zum 20. Februar die Hauptstadt Jehol und andere wichtige strategische Punkte zu besetzen.

Im Außenministerium in Tokio wird die Meldung von einem Vormarsch der japanischen Truppen gegen Jehol als unzutreffend (?) bezeichnet.

Nadolny bei Paul-Boncour

Der französische Außenminister will seinen „Plan“ verfechten.

Genf, 7. Februar.

Der deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, hat am Montag dem französischen Außenminister Paul-Boncour einen Besuch abgestattet. In der längeren Unterredung ist nach deutschen Mitteilungen das weitere Arbeitsprogramm der Abrüstungskonferenz erörtert worden.

Hierbei hat Botschafter Nadolny vor allem betont, daß die Konferenz nunmehr endlich zu konkreten und wirksamen Abrüstungsmaßnahmen kommen müsse.

Paul-Boncour wird voraussichtlich am heutigen Dienstag im Hauptsaal der Abrüstungskonferenz eine große Rede halten und dabei auf die scharfe Kritik, die der französische Sicherheitsplan in der Debatte bisher gefunden hat, antworten.

Sport-Ecke.

Handball

Malsfeld 2. — Spangenberg 2. 1:4 (0:2).

Die 2. Handballmannschaft des Turnvereins „Großer Mul“ hatte am vergangenen Sonntag gegen den Turnverein Malsfeld, der mit dem größten Teil erster Mannschaft spielte, getreten, war, einen schweren Stand. Trotzdem war es der eifrigen Spangenberg Mannschaft vergönnt, einen sicheren Sieg zu erringen. Das Spiel endete mit dem Torverhältnis 4:1 für Spangenberg. Hiernach dürfte unserer 2. Mannschaft, die bis auf ein unentschiedenes Spiel in allen anderen Spielen siegreich gewesen ist, der Gruppenmeister nicht mehr zu nehmen sein.

Das nächste und letzte Serienpiel um die Gruppenmeisterschaft findet am kommenden Sonntag in Röde statt.

Gedanken zur Frühjahrseinstellung.

Von Dr. Seiffert-Raffel.

Genaueste Überlegung und Berücksichtigung aller natürlichen Grundlagen des Betriebes erfordert jede Maßnahme, die den Landwirt in seinem Betriebe durchführt. Dies gilt vor allem bei der Anwendung der Handelsdünger, denn es ist Tatsache, daß mancher Mißerfolg durch Nichtbeachtung der besonderen Nährstoffanprüche von Boden und Pflanze zu erklären ist. Es soll daher ganz allgemein auf einige wichtige Gesichtspunkte sachgemäßer Anwendung der Handelsdünger, die auch bei der kommenden Frühjahrseinstellung Bedeutung haben, hingewiesen werden.

Grundvoraussetzung für eine angemessene Verzinsung der für die Handelsdünger auswendigen Beschaffungskosten ist die Verwendung besten Saatgutes; denn nur Pflanzen mit guten Erbanlagen vermögen die ihnen dargebotenen Nährstoffe voll auszunutzen. Daneben kommt selbstverständlich eine sorgfältige Pflege und Bodenbearbeitung eine nicht minder wichtige Bedeutung zu. Sie sind um so notwendiger, je ungünstiger die Bodenverhältnisse für eine gute Entwicklung der Pflanzen sind. Allein diese Voraussetzungen genügen keineswegs, um dem Landwirt eine gute Ernte zu sichern. Vielmehr ist es notwendig, gerade bei der heutigen schweren Wirtschaftslage den Nährstoffanprüchen von Boden und Pflanze erhöhte Beachtung zu schenken. In diesem Zusammenhang sei zunächst darauf hingewiesen, daß es heute zu den Selbstverständlichkeiten eines gut geführten landwirtschaftlichen Betriebes gehört, nicht nur den nährstoffreicheren Böden, sondern auch den nährstoffärmeren Böden eine Volldüngung aus Kali, Stickstoff und Phosphorsäure zu verabreichen. Die Richtigkeit dieses Vorgehens bestätigen zahlreiche Untersuchungen, die Forscher und fortgeschrittene Landwirte hierüber angestellt haben. Das Verhältnis aber, in welchem Kali, Phosphorsäure und Stickstoff den Pflanzen zu geben sind, ist je nach Boden, Pflanze und Vorfrucht durchaus verschieden. Dieser Tatsache ist durch richtige Bemessung der Einzeldüngergaben und nicht zuletzt auch durch deren zeitlich richtiges Ausstreuen in vollem Umfang Rechnung zu tragen, wenn man nicht nur die beste Ausnutzung und Auswirkung, sondern auch den höchsten wirtschaftlichen Erfolg der Düngung sicherstellen will.

Mit der Befriedigung der Nährstoffanprüche der Pflanzen allein sind jedoch die Aufgaben der Pflanzennährstoffe keineswegs erschöpft, vielmehr wirken Kali, Stickstoff, Phosphorsäure und Kalzium auf die Güte und den Gesundheitszustand der Pflanzen günstig ein, oder haben, wie z. B. die Kalziumsalze, Sonderwirkungen, die ihre Verwendung gerade in der heutigen Zeit zu einer betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit machen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, daß die Kalziumsalze die Pflanzen gegen Spätfrost, Dürre sowie gegen plötzliche Schädlinge (Welkrost und Mehltau) schützen, die Lagergefahr vermindern und die Güte von Körnern (Erhöhung des Stroh- und Tausendförmigkeits), Anollen (Erhöhung des Stroh- und Futtergehaltes), Gras und Heu (Erhöhung des Eiweißgehaltes und Verbesserung des Geschmackes) deutlich verbessern.

Wenn der Landwirt die hier in Kürze dargelegten Gesichtspunkte im Rahmen seines Betriebes auch bei der kommenden Frühjahrseinstellung berücksichtigt, so wird er vor manchen schädlichen Folgen geschützt sein. Die für die Handelsdünger auswendigen Beschaffungskosten werden sich alsdann angemessen verzinsen, d. h. einen Gewinn abwerfen, der den anderen Betriebszweigen gute kommt und so die ganze Wirtschaft er-

München, 6. Februar.

Wie die Reichspressstelle der NSDAP. mitteilt, ist Reichsführer Adolf Hitler gestern bei einbrechender Dunkelheit mit dem Flugzeug von Berlin in München eingetroffen. Der Besuch des Führers in München sollte zunächst privaten Angelegenheiten, dann aber auch der Vorbereitung der Reichstagswahl. Die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung verbleibt auch für die Zukunft in München. Er beziehe im übrigen als Reichsführer kein Gehalt, da er sich als Schriftsteller sein Einkommen selbst verdient habe. Auf seine Bezüge als Reichsführer habe er verzichtet geleistet.

Die Trauerfeier in Berlin

Beisetzung der Opfer des Feuerüberfalls in Charlottenburg.
Berlin, 6. Februar.

Gestern fand Groß-Berlin im Zeichen der Beisetzung der im Anschlag auf den Fackelzug zu Ehren des Reichspräsidenten und des Reichsführers in Charlottenburg bei einem Feuerüberfall Getöteten, den Hauptwachmeister der Schutzpolizei Jaurig und dem Führer des Sturms 33, Malkowitsch. Die staatlichen Gebäude hatten alle die schwarz-weiße Flagge auf halbmast gesetzt.

Schon lange vor Beginn der Trauerfeier im Dom waren die Straßen, die der Zug durchqueren mußte, von Menschenmassen dicht umfüllt. Im Lustgarten hatten die Formationen der SA und SS Berlin und Brandenburg Formationen genommen. Vor der Schloßfreiheit war der Stahlhelm aufmarschiert. Vor dem Dom hatte eine berittene Abteilung und eine Abteilung der Schutzpolizei zu Fuß mit Karabinern Aufstellung genommen.

Die Aufbahrung im Dom

Der Dom war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zu Füßen des Altars standen die beiden silbernen Särge, an denen je 6 Kameraden die Totenwache hielten. In der ersten Reihe vor dem Altar sah man neben den Angehörigen der Toten des Reichsführers Hitler und den Minister Göring in SA-Uniform. Weiter bemerkte man Polizeipräsident Dr. Melcher, den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, den Kronprinzen in der Uniform der Totenkopfbularen, den Prinzen August Wilhelm in der SA-Uniform, sowie Major Stephan vom Stahlhelm. Der Geistliche legte seiner Predigt das Wort zu Grunde: Keiner hat größere Liebe denn die, daß er sein Leben läßt für seine Brüder!

Nach dem Lied vom guten Kameraden wurden die Särge aus der Kirche getragen. Die Schupomannschaften und die vor dem Dom aufgestellten SA-Formationen grüßten die toten Kameraden, als man sie zur letzten Fahrt auf den Wagen trug. Ueber dem Lustgarten freisten Flugzeuge mit dem Hakenkreuz auf den Tragflächen und mit schwarzen Wimpeln.

Der Trauerzug

Nach der Trauerfeier im Dom formierte sich im Lustgarten der Zug, eröffnet durch eine Abteilung berittener Schutzpolizei. Dem Leichenwagen des Polizeibeamten folgten Minister Göring, Polizeipräsident Melcher, der Kommandeur der Schutzpolizei Joten und in langer Reihe Offiziere und Beamte der Berliner Schutzpolizei, Abordnungen der SA und des Stahlhelms.

In längerem Zwischenraum folgte der Leichenzug für den Sturmführer. Hinter den Angehörigen folgten die Fahnen der SA, Dr. Goebbels, Graf Helldorf, die SA-Formationen Berlin und Brandenburg und der Stahlhelm unter Führung von Major von Stephan.

Auf dem Friedhof

Gruch am Grabe des SA-Mannes Dr. Goebbels, der

Reichsführer Hitler sagte Graf Helldorf einen Strich über den Kopf. Minister Göring betonte, hätte die nationalsozialistische Bewegung nicht solche Sturmführer gehabt wie Malkowitsch, dann wäre sie jetzt am Ende ihrer Kraft. Mit Hilfe solcher Menschen voll von Aufopferung und Treue hoffe er, daß das Vaterland wieder auf die alte Höhe gebracht werden könne.

Der Sarg des Polizeibeamten wurde nach Rastatt in die schlesische Heimat des Verstorbenen überführt.

Piratenstück in Indien

Panzerkreuzer „Jeven Provincien“ in den Händen von Meuterern. — Ausfahrt ohne Kommandanten.

Amsterdam, 7. Februar.

Die Meuterei, die auf den in Niederländisch-Indien stationierten holländischen Kriegsschiffen in Auswirkung der Soldkürzungen in den letzten Tagen mehrfach zu verzeichnen war, hat jetzt eine sehr ernste Wendung genommen. Während sich der Kommandant des Panzerkreuzers „Jeven Provincien“ im Hafen von Deloelch (Nord-Sumatra) mit der Mehrzahl der Offiziere und der europäischen Mitglieder der Besatzung an Land befand, überwältigten die Eingeborenen Korporale und Matrosen die verbliebenen Offiziere, worauf sie mit dem Schiff den Hafen verließen und in See gingen.

Der Kommandant des Schiffes begab sich mit dem übrigen Teil der Besatzung sofort an Bord des Regierungsdampfers „Aldebaran“, mit dem die Verfolgung des Kreuzers aufgenommen wurde.

Der Panzerkreuzer kann im Normalfall eine Geschwindigkeit von 15 Knoten entwickeln. Zur Zeit dürfte die Geschwindigkeit aber unter unglücklicher Führung und mit reduzierter Besatzung höchstens acht Knoten betragen. Der Regierungsdampfer „Aldebaran“ läuft dagegen zehn Knoten. Nach den letzten aus Batavia vorliegenden Meldungen befindet sich der Panzerkreuzer in der Gegend der Insel Sumatra. Die Meuterer haben einen Vorprung von drei Stunden. Die „Aldebaran“ folgt dem Schiff in einer Entfernung von etwa fünf Meilen. Das Kriegsschiff „Gouden Zeeuw“ hat gleichfalls die Verfolgung aufgenommen. Ebenso sind drei Dornier-Flugboote eingesetzt worden.

An Bord der „De Jeven Provincien“ befinden sich 150 Mann eingeborener Besatzung, sowie 50 Europäer, darunter 16 Offiziere und neun Unteroffiziere.

Ueber den Hergang der Meuterei ist inzwischen noch bekanntgeworden, daß sich die Meuterer der an Bord mitgeführten Vorräte an Gewehren und Munition bemächtigten und dann die Offiziere und Unteroffiziere übermannten. Einem Offizier und einem Obermatrosen gelang es, über Bord zu springen und mit einem Boot an Land zu kommen, wo sie den Kommandanten von der Meuterei in Kenntnis setzten. Unbekanntlich ist, daß es der Eingeborenen-Besatzung gelungen ist, das Schiff zu fuhren, da sich alle verantwortlichen Posten in den Händen von Holländern befinden.

Das Panzerschiff „De Jeven Provincien“, das 1910 in den indischen Gewässern in Dienst gestellt wurde, hat eine Wasserverdrängung von 5644 Tonnen und war mehrfach Flaggschiff des Kommandanten der Flotte der Niederlande in Indien. Es führt u. a. zwei 28-Zentimeter-Geschütze und vier 15-Zentimeter-Geschütze. — Die „Aldebaran“ — ein Schiff von 60 Meter Länge — ist nur mit zwei 10-Zentimeter-Geschützen ausgerüstet.

Funksprüche der Meuterer

Protest gegen Befeldungskürzung.

Batavia, 7. Februar.

Der niederländische Regierungsdampfer „Aldebaran“ hat einen Funkpruch von dem Panzerkreuzer „Jeven Provincien“ aufgefunden, in dem die Meuterer mitteilen, daß der Kreuzer den Kommandanten sowie die übrige Besatzung 24 Stunden vor der Ankunft in dem Stollenfisch-

mit Ehrenbezeugungen empfangen werden solle. Nach einem zweiten Funkpruch der „Jeven Provincien“ ist das Borgehen der eingeborenen Besatzung gegen die Offiziere als Protest gegen die ungerechtfertigten Befeldungskürzungen aufzufassen.

Neue Bluttaten

Berlin, 7. Februar.

In Berlin-Schöneberg wurden die Einrichtungen, die stände des in der Rubensstraße gelegenen kommunikativen Lokals „Bappichadist“ demoliert. Die Polizei nahm 15 nationalsozialistische Mitglieder inhaft. Das Kommando 10 Bifolien, zwei Knüttel, Stahlrute und mehrere Messer.

Die Wirtin Anna Röde wurde mit einem Bauchmesser in das Krankenhaus eingeliefert, wo sie bald nach der Entlassung gestorben ist.

In Köln kam es gegen 3 Uhr morgens in der Stadt zu einem Feuerkampf zwischen politischen Gruppen. Vier Personen wurden verletzt, davon zwei Männer schwer und Brustschüsse schwer; eine Frau hatte einen Kopfverletzung erhalten. Weiter wurden in Köln acht Schauleniter des Warenhauses Tieg und die Einrichtung Antiqua-Heims zertrümmert.

In Bochum-Berthe ist der SA-Führer Pashmann, welcher sich auf dem Heimweg befand, durch fünf Schüsse getötet worden. 31 Kommunisten wurden verhaftet.

In Vieren wurden zwei Polizeibeamte schwer verletzt; ihr Zustand ist ernst, doch besteht keine Lebensgefahr.

Immer neue Opfer

Salvenartiger Leberfall auf einen Trauerzug.

Duisburg-Hamborn, 7. Februar.

Bei der Beerdigung des bei den homborger Unruhen erschossenen SA-Mannes Pfaffenrath, kam es zu einem ersten Zwischenfall. Als der Zug der Nationalsozialisten das Dell-Bierfeld durchzog, wurde er plötzlich, anheimgeworfen vom Eisenbahngelände aus, salvenartig beschossen. Die Menge, die auf der Straße Spalier bildete, floh panisch auseinander. Hierbei kamen viele Personen zu Fall. Der Vorfall spielte sich unmittelbar in der Nähe des Polizeipräsidiums ab. Schutzpolizei verstärkt durch auswärts Kommandos, hatte alle Vorkkehrungen zur Sicherung des Zuges getroffen.

Dem Vernehmen nach soll ein Nationalsozialist getötet und acht andere zum Teil schwer verletzt sein. Bei dem Leberfall auf den Trauerzug soll auch ein Handarabate in die Menge geworfen worden sein.

Blutiger Zwischenfall in Württemberg

In Gentlingen (Oberamt Reutlingen) geriet ein Kommunist aus Gommern, der früher bei einer politischen Schlägerei einen SA-Mann durch Messerliche schwer verletzt hatte, mit Leuten des freimülligen Arbeitsdienstes in Streit. Der Kommunist wurde von dem Rechnungsführer des dortigen Arbeitslagers erschossen.

In Bessigheim wurden drei Nationalsozialisten von Reichsbannerleuten mißhandelt; einer der Nationalsozialisten mußte sich ins Krankenhaus begeben.

Bei einem nächtlichen Zusammenstoß in Oberhausen wurde ein Kommunist durch einen Lungenschuß schwer verletzt. Zwei Reichsbannerleute erlitten Stich- und Schlagverletzungen. In Gladbach-Rehdy wurden bei einer Schießerei zwei Polizeibeamte schwer verletzt.

Zuverlässiges Mädchen

für 15. 2. in kleinen

Privathaushalt gesucht.

Wo. sagt der Verlag dieser Zeitung.

Mittwoch früh:



Ia. Schellfisch,
Ia. Fisch-Filet
grüne Heringe,
Bücklinge,
Lachsheringe,
Sprossen,
Sardinen,
Sardellen,
Rollmöpse,
Majonaise
H. Mohr.

Klipp's Kaffee

jetzt billiger

H. Mohr.

Bücklinge,
Kieler Sprossen,
Schellfisch,
grüne Heringe,
Fischfilet,
Karl Bender.

Die Ausgabe der Fleisch- und Schlachtarten erfolgt Freitag Vormittag von 9-10 Uhr Rathaus Zimmer Nr. 3. Spangenberg, den 7. 2. 1935.

Dr. Magistrat, Stein

T. V. „FROHER MUT“ SPANGENBERG

Heute Abend 8 Uhr

Turnstunde für Turnerinnen u. Gymnastik

Da uns der Saal ab 9 Uhr nicht mehr zur Verfügung steht, muß pünktlich begonnen werden.

Der Oberturnwart.

Mittwoch abend 1/9 Uhr

Turnstunde

Erscheinen aller Spieler und Turner ist Pflicht.
Der Volksturnwart.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 9. Februar vorm. 10 Uhr sollen in

Pfeiffe

(Zusammentritt der Kaufstubehaber beim Bürgermeisteramt.)

1 Büfett
1 Kutschwagen

vormittags 12 Uhr in Spangenberg

Zusammentritt im Ratsteller

1 Klavier,
1 Federloft,
3 Federstiel
1 Schreibstisch
1 Bücherstempel,
1 Geldschrank,
1 Kleiderschrank
2 vollst. Betten
3 Auslegematratzen Streifig
50 Stühle
1 Gasheizkessel
1 Tisch
1 Lampe zu einer Wandlampe

zwangsweise öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Mellungen den 7. 2. 1935.
H. W. Mann, Obergerichtsvollz.

Gebe noch mehrere hund. Zentner

Roggenstroh

ab.
D. Wagner, Landeseid.

Wir sind billiger!

Kaffeeservices herrl. Muster

9teilig 3,50 RM.

Weingläser, reiner Klang 1 Stk. 0,19 RM.

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Deisenroth.

Spangenberg

Markt

Feiner alter Deutscher Bernmuth-Wein Ltr. 95 Pfg.

Alter Taragona Ltr. 1.10 RM.

vom Faß offeriert

H. Mohr.

Freitag u. Sonnabend

werden

Kostproben

von Dr. Oetker's Pudding ausgegeben bei

Karl Bender.

Blumenkohl, Sellerie, Weiß-, Rot-, Wirsing-Kraut, Meerrettich

Schwarzwurzel

H. Mohr.